

---

# Revolution und Revision

## *Zum Verhältnis von Amerikanischer Unabhängigkeitserklärung und US-Verfassung*

---

von Georg Schild

„We have errors to correct.“

George Washington, August 1786<sup>1</sup>

Über kaum eine Frage besteht in der Geschichtswissenschaft so viel Einigkeit wie darüber, dass die Bewohner der nordamerikanischen Kolonien Ende des 18. Jahrhunderts in einer revolutionären Erhebung ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpft und sich eine neue politische Ordnung gegeben haben. Es gibt jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, worin die Revolution bestand und wie sie zu bewerten ist. Konservative Historiker betonen die erstmalige Umsetzung naturrechtlicher Vorstellungen in der Politik und loben die Schaffung einer stabilen, großräumigen Republik. Damit hätten die USA der Welt den Weg der Demokratisierung gewiesen und das allmähliche Ende der Sklaverei eingeläutet.<sup>2</sup> Liberale und linke Historiker weisen hingegen auf negative Folgen der Revolution wie die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung und die Fortsetzung der Sklaverei in den Südstaaten hin. Nur wenige Historiker gehen allerdings so weit wie der amerikanische (aber in Kanada aufgewachsene) Publizist Adam Gopnik, der fragt, ob der Unabhängigkeitskrieg nicht ein kostspieliger Fehler gewesen sei. Die Beispiele Kanada und Australien hätten gezeigt, dass eine Trennung von Großbritannien auch evolutionär und friedlich hätte erfolgen können.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> George Washington an John Jay, 15. August 1786, in: Worthington Chauncy Ford (Ed.), *The Writings of George Washington*, Vol. 11. New York 1891, 53.

<sup>2</sup> *George Bancroft*, *History of the United States of America*, 10 Vols. New York 1854–1878; *Woodrow Wilson*, *History of the American People*, Vol. 2. New York 1908; *Bernard Bailyn*, *The Ideological Origins of the American Revolution*. Boston, MA 1967; *Gordon S. Wood*, *The Radicalism of the American Revolution*. New York 1991; *Sean Wilentz*, *The Revolution Within the American Revolution*, in: *New York Review*, 23. Oktober 2023.

<sup>3</sup> *Edward J. Larson*, *American Inheritance. Liberty and Slavery in the Birth of a Nation, 1765–1795*. New York 2023; *David Waldstreicher*, *Slavery's Constitution. From Revolution to Ratification*. New York 2009; *Trevor Burnard*, *Writing Early America. From Empire to Revolution*. Charlottesville, VA 2023; *Jill Lepore*,

Ein weiterer Dissens besteht in der Frage, ob die revolutionären Ereignisse der 1760er bis 1780er Jahre einen in sich geschlossenen Prozess darstellen oder ob es Brüche in der Entwicklung gegeben hat. Hat sich aus einem Protest gegen imperiale Steuern auf Zucker, Stempel und Tee zunächst eine Unabhängigkeitsbewegung entwickelt, die über die Phase der Konföderationsartikel schließlich in der Verabschiedung der Verfassung mündete? Für den Historiker Edmund S. Morgan stellten die Ereignisse der 1770er und 1780er Jahre eine derart folgerichtige Entwicklung dar. Wenn die Revolution als Kampf um die Sicherung von Eigentum verstanden werde, könne die Verfassungsgebung als Abschluss dieser Bemühungen angesehen werden. Gleiches gelte, wenn man die Revolution als Kampf der amerikanischen Kolonisten gegen Tyrannei auffasse: „If the Revolution taught them the danger of tyranny, the aim of the Constitution was to prevent tyranny.“ Der Historiker Gordon S. Wood kommt in seiner Untersuchung „The Radicalism of the American Revolution“ zu einer ähnlichen Einschätzung, dass Unabhängigkeitserklärung und Verfassung eine Einheit bilden: „The American Revolution and the social transformation of America between 1760 and the early years of the nineteenth century were inextricably bound together.“ Der Historiker Robert Middlekauff weist die Vorstellung einer politischen Neuausrichtung innerhalb der Revolutionsjahre sogar explizit zurück. Der Kampf um die Unabhängigkeit habe sich von der Debatte um die Verfassung nur deshalb unterschieden, weil sich die Umstände verändert hätten: „Once independence was won and peace made, revolutionary issues changed.“ Entscheidend sei, dass hinter dem Aufbegehren gegen den König und der Errichtung einer stabilen Regierung das gleiche Ziel der Schaffung einer „tugendhaften Republik“ (virtuous republic) gestanden habe. Der Rechtshistoriker G. Edward White erklärt, dass Amerikas Suche nach einer republikanischen Regierungsform erst mit der Annahme der Verfassung ein Jahrzehnt nach der Verkündung der Unabhängigkeit abgeschlossen gewesen sei. Die Regierung, die gemäß der Konföderationsartikel zuvor geschaffen worden war, sei eine „provisorische Einrichtung“ gewesen.<sup>4</sup>

---

These Truths. A History of the United States. New York 2023; *Joseph J. Ellis*, The Cause. The American Revolution and Its Discontents, 1773–1783. New York 2021; *Adam Gopnik*, We Could All Have Been Canadians, in: The New Yorker, 15. Mai 2017.

4 *Edmund S. Morgan*, The Birth of the Republic, 1763–89. 3. Aufl. Chicago, IL 1992, 156; *Wood*, Radicalism of the American Revolution (wie Anm. 2), 7; *Robert Middlekauff*, The Glorious Cause. The American Revolution, 1763–1789. New York 1982, 650; *G. Edward White*, Law in American History. Vol. 1: From the Colonial Years Through the Civil War. New York 2012, 151.

Andere Historiker gehen implizit oder explizit davon aus, dass es sehr wohl Phasen unterschiedlicher politischer Zielrichtung innerhalb der Revolution gegeben hat. So untersucht Bernard Bailyn in seinem Buch „The Ideological Origins of the American Revolution“ nur Dokumente aus der Zeit bis zur Erlangung der Unabhängigkeit, weil zu keinem anderen Zeitpunkt die „Kreativität so groß“ und die „Resultate [der Debatten] so radikal und fundamental“ gewesen seien. Charles A. Beard vertrat die These, dass für die Verfassungsgebung persönliche ökonomische Interessen der beteiligten Politiker von zentraler Bedeutung waren. Er lässt offen, ob und inwieweit solche Interessen auch für die Entscheidung zur Loslösung vom Mutterland verantwortlich waren. Glenn A. Phelps konstatiert für die Zeit nach 1789 eine solche Diversität an politischen Ansichten, dass die Vorstellung einer „tugendhaften Republik“ nur eine von vielen war. Für Gary B. Nash waren die Jahre 1780 bis 1785 eine Phase der „Zähmung der Revolution.“ Der Historiker Joseph J. Ellis konzediert in seinem Buch „American Creation“, dass die Vereinigten Staaten mit der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung zwei Gründungsdokumente besitzen, die sich in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Bürger und staatlicher Macht durchaus unterscheiden.<sup>5</sup>

Die vorliegende Untersuchung geht über die zuletzt genannten Positionen hinaus und erkennt nicht nur unterschiedliche Phasen der Revolution, sondern sieht in der Annahme der Verfassung 1788/89 eine bewusste konservative Kehrtwende. Das Verhältnis von Unabhängigkeitserklärung und Verfassung wird als Revolution und Revision aufgefasst. Die Declaration of Independence vom 4. Juli 1776 war dieser Auffassung nach Höhepunkt einer Debatte, die mit Beschwerden gegenüber der englischen Herrschaft begonnen hatte. Aus Forderungen nach einer Reform der imperialen Besteuerung entwickelte sich eine gänzlich neue Vorstellung, nach der politische Herrschaft naturrechtlichen Vorgaben entsprechen müsse. Die größte Bedrohung für Leben, Freiheit und wirtschaftliches Wohlergehen (happiness) der Bürger ging danach von der eigenen Regierung aus.<sup>6</sup> Die nach 1776 erlassenen Ver-

---

5 *Bailyn*, *Ideological Origins* (wie Anm. 2), 21; *Charles A. Beard*, *An Economic Interpretation of the Constitution of the United States*. New York 1913; *Glenn A. Phelps*, *George Washington and American Constitutionalism*. Lawrence, KS 1994, 157; *Gary B. Nash*, *The Unknown American Revolution*. New York 2005, 366; *Joseph J. Ellis*, *American Creation. Triumphs and Tragedies at the Founding of the Republic*. New York 2007, 9.

6 Es gibt in der wissenschaftlichen Literatur eine Debatte über die genaue Bedeutung des Begriffs „happiness“ in der Unabhängigkeitserklärung. Es spricht einiges dafür, dass Jefferson den Begriff in Anlehnung

fassungen der amerikanischen Einzelstaaten und die 1781 in Kraft getretenen Konföderationsartikel setzten diese Vorstellung in die politische Praxis um. Die Einzelstaatsverfassungen garantierten Grundrechte und erlaubten einer großen Zahl (männlicher weißer) Bürger die Teilnahme am politischen Prozess. Ein Konföderationskongress als Zusammenschluss aller Staaten wurde bewusst mit so wenig Macht ausgestattet, dass er die Freiheit nicht gefährden konnte. Insbesondere stand dem Kongress kein eigenes Besteuerungsrecht zu. Das führte dazu, dass die Vereinigten Staaten bei allen Ausgaben etwa zur Führung des Unabhängigkeitskrieges auf Zuwendungen der Einzelstaaten angewiesen waren. Doch wann immer die Staaten Steuern erheben wollten, sahen sie sich Protesten aufgebrachter Bürger gegenüber, die nicht einsahen, dass ihr Geld an eine entfernte Regierung abgeführt werden sollte. Vor diesem Hintergrund stellten Politiker wie John Adams, Elbridge Gerry und James Madison die zentrale Grundannahme der bisherigen Revolutionsvorstellung in Frage: Nun wurden die Bürger, die politische Mitsprache forderten, dabei aber vermeintlich nur Eigeninteressen vertraten, als Bedrohung für den Staat angesehen. Adams schrieb 1787 dass Menschen nicht das größtmögliche Maß an Freiheit für alle anstrebten, wenn man sie politisch gewähren ließe. Stattdessen würden sie sich gegenseitig unterdrücken:

„All kinds of experience show, that great numbers of individuals do oppress great numbers of other individuals; that parties often, if not always, oppress other parties, and majorities almost universally minorities.“

Gerry erklärte während der Verfassungsgebenden Versammlung: „The evils we experience flow from the excess of democracy.“ Madison nannte in seinem im April 1787 verfassten Traktat „Vices of the Political System of the United States“ die Weigerung der Staaten, den Gemeinschaftsaufgaben nachzukommen, die größte Schwäche des bestehenden politischen Systems unter den Konföderationsartikeln. Madison wurde in der Folge zu einer der treibenden Kräfte für eine neue Verfassung.<sup>7</sup>

---

an John Locke im Sinne von wirtschaftlichem Wohlergehen benutzt hat, *David N. Mayer*, *The Constitutional Thought of Thomas Jefferson*. Charlottesville, VA 1988, 77 f.

7 *John Adams*, *A Defence of the Constitutions of Government of the United States* (1787), in: Charles Francis Adams (Ed.), *The Works of John Adams*, Vol. 6. Boston, MA 1851, 7; Äußerung Elbridge Gerrys während der Verfassungsgebenden Versammlung in Philadelphia am 31. Mai 1787, Aufzeichnung von James Madison in Max Farrand (Ed.), *The Records of the Federal Convention of 1787*, Vol. 1. New Haven, CT 1911, 48; *Vices of the Political System of the United States*, April 1787, in: Robert A. Rutland/William M. E. Rachal (Eds.), *The Papers of James Madison*, Vol. 9. Chicago, IL 1975, 345.

Der Verfassungsentwurf von 1787 machte einen grundlegenden Wandel in den politischen Auffassungen der Revolution deutlich, indem eine Regierung mit enormer zentralisierter Macht geschaffen wurde. Gleichzeitig wurden die politischen Mitwirkungsrechte der Bürger beschnitten, indem Präsident und Senatoren in indirekten Verfahren gewählt wurden. Manchen Zeitgenossen – darunter namentlich Thomas Jefferson, dem Verfasser der Unabhängigkeitserklärung – erschien dieser Wandel so sehr im Widerspruch zu den bisherigen revolutionären Vorstellungen zu stehen, dass sie ihre Unterstützung zu verweigern drohten.<sup>8</sup> Erst das Versprechen, die Macht der Regierung durch Verfassungszusätze zu beschränken, um bestimmte Freiheitsrechte durch eine Bill of Rights zu garantieren, ermöglichte die Annahme der Verfassung.

Hinter der Unabhängigkeitserklärung stand eine Forderung nach Freiheit von staatlichem Zwang, die bis heute als Vision dient. Die Verfassung etablierte einen handlungsfähigen Staat, der in der Geschichte wiederholt Zwangsmaßnahmen auch im Innern eingesetzt hat. In der Rückschau sorgte gerade dieser vermeintliche Widerspruch für Stabilität, weil er einen von allen beteiligten akzeptierten Rahmen für politische Kontroversen absteckte.

## I. Ein Aufstand auf der Suche nach einer Begründung

Die Amerikanische Revolution hat es Historikern bei der Suche nach den Gründen für den Aufstand gegen das Mutterland nicht leicht gemacht. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es in den englischsprachigen Kolonien der Neuen Welt keine Pauperisierung und Entrechtung der Bevölkerung ähnlich der, die den Revolutionen in Frankreich 1789 und Russland 1917 vorausgegangen war. Stattdessen lebte die Bevölkerung in weitgehend selbstverwalteten, schnell wachsenden, wirtschaftlich aufstrebenden und nur marginal besteuerten Kolonien, die als Teil des Empire Schutz durch das britische Militär genossen.<sup>9</sup> Die Eliten der Kolonien verstanden sich als Briten, ahmten den Lebensstil der englischen Oberschicht nach

---

8 „How do you like our new constitution? I confess there are things in it which stagger all my dispositions to subscribe to what such an assembly has proposed.“ Thomas Jefferson an John Adams, 13. November 1787, in: Julian Boyd (Ed.), *The Papers of Thomas Jefferson*, Vol. 12. Princeton, NJ 1955, 350f.

9 Wood, *Radicalism of the American Revolution* (wie Anm. 2), 4, 169.

und importierten Luxusartikel wie Tee, Bücher, Glas, Möbel und Kutschen aus Großbritannien. Der Drucker Benjamin Franklin schrieb während des Siebenjährigen Krieges an einen Freund in Schottland, dass er sich über die jüngsten militärischen Erfolge der britischen Armee freue, weil er Brite sei, „no one can rejoice more sincerely than I do on the Reduction of Canada; and this, not merely as I am a Colonist, but as I am a Briton“. <sup>10</sup> Im Jahr 1770 errichteten die Bürger von New York an der Südspitze der Insel Manhattan ein großes Reiterstandbild des jungen Königs Georgs III. Der Anwalt (und spätere zweite Präsident der USA) John Adams zeigte sich im Sommer 1774 bei einem Besuch in New York von dem Denkmal beeindruckt und beschrieb es in seinem Tagebuch als „statue of his Majesty on Horse back, very large, of solid Lead, gilded with Gold, standing on a Pedastal of Marble very high“. <sup>11</sup>

Die engen kulturellen Bindungen vieler Bewohner Amerikas an England und die nur geringe Einflussnahme des Mutterlands auf das wirtschaftliche Leben der Kolonien in der Phase des *salutary neglect* in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mag erklären, warum sich nicht alle Kolonisten der Revolution anschlossen. Moderne Schätzungen gehen davon aus, dass weniger als die Hälfte der Bevölkerung die Unabhängigkeitsbestrebungen aktiv unterstützt hat. Der Historiker Michael A. McDonnell sieht insbesondere in unteren Gesellschaftsschichten eine Verweigerungshaltung dem Aufstand gegenüber. <sup>12</sup> Etwa 80000 Loyalisten verließen in der Folge der Revolution die Kolonien und siedelten in Kanada, der Karibik oder zogen nach England. Damit war der Prozentsatz der Menschen, die aus Protest gegen die Revolution dem Land den Rücken kehrten, in Amerika höher als ein Jahrzehnt später in Frankreich. <sup>13</sup> Die Bewohner Kanadas erhoben sogar die Waffen gegen die ame-

---

<sup>10</sup> Benjamin Franklin an Lord Kames, 3. Januar 1760, in: Leonard W. Labaree (Ed.), *The Papers of Benjamin Franklin*, Vol. 9. New Haven, CT 1966, 6f.

<sup>11</sup> *John Adams*, Tagebucheintrag vom 20. August 1774, in: Charles Francis Dana (Ed.), *The Works of John Adams*, Vol. 2. Boston, MA 1850, 346.

<sup>12</sup> *Michael McDonnell*, Class War? Class Struggles during the American Revolution in Virginia, in: *William and Mary Quarterly* 63/2, 2006, 305–344, 325.

<sup>13</sup> *Middlekauff*, *Glorious Cause* (wie Anm. 4), 364–365; *Wood*, *Radicalism of the American Revolution* (wie Anm. 2), 76; *Alan Taylor*, *American Revolutions. A Continental History, 1750–1804*. New York 2016, 3; *Stanley D. M. Carpenter*, *The War of American Independence, 1763–1783*. London/New York 2023, XII. Einige Historiker stellen den Konflikt zwischen Patrioten und Loyalisten in den Mittelpunkt ihrer Darstellung und sehen in der Amerikanischen Revolution den ersten Bürgerkrieg in der US-Geschichte, *H. W. Brands*, *Our First Civil War*. New York 2021.

rikanische Kontinentalarmee, als diese im Herbst 1775 den Aufstand gegen die Krone in den Norden tragen wollte.<sup>14</sup>

In Ermangelung langfristiger Entfremdungsursachen setzen die meisten Untersuchungen über die Gründe für die Amerikanische Revolution recht abrupt mit dem Ende des *French and Indian War* im Jahr 1763 ein. Großbritannien hatte den imperialen Rivalen Frankreich besiegt und im Vertrag von Paris dessen Kolonien in der Neuen Welt übernommen. Dieser Sieg war jedoch teuer erkaufte worden. Die Verschuldung Großbritanniens hatte sich im Krieg verdoppelt und stand 1763 bei 146 Millionen Pfund.<sup>15</sup> Aus britischer Sicht konnte kein Zweifel bestehen, dass die Kolonien in Nordamerika vom Krieg profitierten. Was lag also näher, als dort Steuern und Abgaben einzuführen, mit denen die Kriegskredite zurückgezahlt werden sollten? Der erste in einer Reihe von Revenue Acts war der Sugar Act von 1764. Im Gesetzestext wird explizit darauf hingewiesen, dass die Kolonien an der Finanzierung des britischen Militärs in Amerika zu beteiligen seien: „It is just and necessary that a revenue be raised [...] in America for defraying the expenses of defending, protecting, and securing the same.“ Später folgten weitere Steuergesetze wie der Stamp Act und der Tea Act.<sup>16</sup>

Die Ankündigung dieser Steuern traf auf Widerstand der kolonialen Elite. Es ging dabei weniger um die Höhe der Abgaben als um die Frage, wer die Steuern erlassen

---

14 Die amerikanische Geschichtsschreibung hat den Widerstand Kanadas gegen die Revolution bestenfalls beiläufig behandelt. Die Darstellungen von *Lawrence Henry Gipson*, *The Coming of the Revolution, 1763–1775*. New York 1954, *Wood*, *Radicalism of the American Revolution* (wie Anm. 2), *Ellis*, *The Cause* (wie Anm. 3) und *Lepore*, *These Truths* (wie Anm. 3) verzichten ganz auf eine Erwähnung. Edmund Morgan notierte, dass die Amerikaner nach der fehlgeschlagenen Invasion der Meinung waren, dass die Kanadier das Schicksal der Sklaverei verdient hätten, wenn ihnen das „ehrenhafte Verlangen frei zu sein“ fehle, *Morgan*, *Birth of the Republic* (wie Anm. 4), 77f.

15 *Ellis*, *The Cause* (wie Anm. 3), 4; *Carpenter*, *War of Independence* (wie Anm. 13), 22; *Fred Anderson*, *Crucible of War. The Seven Years' War and the Fate of Empire in British North America, 1754–1766*. New York 2000, 562.

16 Vgl. zum Sugar Act <[avalon.law.yale.edu/18th\\_century/sugar\\_act\\_1764.asp](http://avalon.law.yale.edu/18th_century/sugar_act_1764.asp)>, zum Stamp Act <[avalon.law.yale.edu/18th\\_century/stamp\\_act\\_1765.asp](http://avalon.law.yale.edu/18th_century/stamp_act_1765.asp)>, zum Tea Act <[statutes.org.uk/site/the-statutes/eighteenth-century/1773-13-george-3-c-44-the-tea-act](http://statutes.org.uk/site/the-statutes/eighteenth-century/1773-13-george-3-c-44-the-tea-act)>; *White*, *Law in American History* (wie Anm. 4), 111. Die Steuergesetze waren nicht der einzige Grund für die transatlantische Entfremdung nach dem *French and Indian War*. Ein Siedlungsverbot westlich der Appalachen (Proclamation of 1763), der Quebec Act, der die französischsprachigen, katholischen Bewohner Kanadas vermeintlich bevorzugt behandelte, und die Errichtung spezieller Gerichte (Vice-Admiralty Courts), die dem System der Geschworenengerichte zuwiderliefen, trugen ebenfalls dazu bei.

konnte und was es bedeutete, selbst keinen Einfluss auf die Steuererhebung nehmen zu können. Aus britischer Sicht stand außer Frage, dass das Parlament in London jederzeit entsprechende Gesetze erlassen konnte und dass diese Abgaben von allen in Amerika lebenden Kolonisten zu entrichten seien. In der amerikanischen Diskussion wurde hingegen beklagt, dass die Kolonisten keine Abgeordneten für das Parlament in London wählen konnten. Eine unmittelbare Legitimation der Repräsentanten sei jedoch Voraussetzung für eine Besteuerung. „No taxation without representation“ wurde für mehrere Jahre zum Schlagtruf.<sup>17</sup>

Im Oktober 1765 kamen Delegierte aus neun Kolonien in New York zusammen, um gegen den gegen einige Monate zuvor erlassenen Stamp Act zu protestieren, mit dem Steuern auf Druckerzeugnisse von Zeitungen und Testamenten bis zu Spielkarten erhoben wurden. In einer Declaration of Rights and Grievances erklärten die Delegierten des Stamp Act Kongresses, dass es zur Freiheit eines jeden Volkes und zweifellos zu den Rechten aller Engländer gehöre, dass ihnen keine Steuern ohne ihre Zustimmung oder die ihrer Repräsentanten auferlegt werden könnten. Die Abgeordneten des Unterhauses in London seien nicht ihre Repräsentanten.

„[T]he only representatives of the people of these colonies, are persons chosen therein by themselves, and that no taxes ever have been, or can be constitutionally imposed on them, but by their respective legislatures.“<sup>18</sup>

Der Protest hatte Erfolg; im Frühjahr 1766 wurde die Stempelsteuer zurückgenommen.

Mit der Verabschiedung des Tea Act begann 1773 der Konflikt über die Besteuerung der Kolonien einige Jahre später erneut. Dieses Mal ging es um Einfuhrabgaben auf Tee. Im November legten drei mit Tee beladene Schiffe im Hafen von Boston an, die erst entladen werden durften, nachdem alle Einfuhrabgaben entrichtet waren. Aufgebrachte Bürger warfen am Abend des 16. Dezember den Tee über Bord. In einem Tagebucheintrag sah John Adams in dieser Rechtsverletzung einen revolutionär-patriotischen Akt:

„There is a dignity, a majesty, a sublimity, in this last effort of the patriots, that I greatly admire. The people should never rise without doing something to be remembered, something notable and striking.“<sup>19</sup>

---

17 *Morgan*, Birth of the Republic (wie Anm. 4), 19; *White*, Law in American History (wie Anm. 4), 116 f.

18 Vgl. <[https://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/a1\\_7\\_153.html](https://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/a1_7_153.html)>.

19 John Adams, Tagebucheintrag vom 17. Dezember 1773, in: Dana (Ed.), Works of John Adams, Vol. 2 (wie Anm. 11), 323.



Als Reaktion auf die später so genannte Boston Tea Party verschärfte die britische Regierung den Kurs gegen die Kolonien und erließ eine Reihe von Bestimmungen, die als Intolerable Acts bekannt geworden sind.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass erst der Protest gegen die englische Besteuerung die höchst unterschiedlichen Kolonien politisch einte. Ein erster Versuch Benjamin Franklins im Jahr 1754, alle Kolonien zu einem Kongress zusammenzubringen, scheiterte noch an deren Desinteresse. Nach Abschluss des Stamp Act Kongresses ein Jahrzehnt später schrieb der Delegierte Joseph Warren aus Massachusetts, dass etwas erreicht worden sei, was niemand für möglich gehalten habe:

„The Colonies until now were at variance and foolishly jealous of each other, they are now [...] united [...] nor will they soon forget the weight which this close union gives them.“<sup>20</sup>

Hinter der Kritik an der Besteuerung durch die britische Regierung stand eine in der kolonialen Elite verbreitete Vorstellung, nach der Freiheit und Eigentum untrennbar zusammengehörten. So war für Benjamin Franklin der Schutz des Eigentums vor staatlichen Zugriffen ebenso grundlegend wie die Gewährung der Meinungsfreiheit: „This sacred Privilege is so essential to free Governments, that the Security of Property, and the Freedom of Speech always go together.“ Drei Monate vor der Verkündung der Unabhängigkeitserklärung beklagte er in einem Brief an einem englischen Freund noch einmal die Missachtung der Eigentumsrechte der Kolonisten: „Every Day's Plundering of our Property and Burning our Habitations, serves but to exasperate and unite us the more.“<sup>21</sup> Ähnlich sah es der Gouverneur der Kolonie Rhode Island, Stephen Hopkins. Er schrieb 1765, dass Freiheit der größte Segen für die Menschen sei. Ein Leben in Sklaverei sei das schlimmste Unglück. Hopkins kritisierte, dass die Krone die Kolonisten mit den Steuergesetzen auf den Status von Sklaven degradieren würde: „Liberty is the greatest blessing that men enjoy, and slavery the heaviest curse that human nature is capable of.“ Absolute Freiheit könne es nicht geben, weil sie mit keiner Regierung zu vereinbaren sei. Die Sicherheit, die sich aus einem gesellschaftlichen Zusammenleben ergab, habe Men-

---

20 Robert G. Parkinson, *Thirteen Clocks. How Race United the Colonies and Made the Declaration of Independence*. Williamsburg, NY 2021, 3; Warren zitiert nach *Morgan, Birth of the Republic* (wie Anm. 4), 102.

21 Silence Dogood [Benjamin Franklin], Nr. 8, 9. Juli 1722, in: Labaree (Ed.), *Papers of Benjamin Franklin* (wie Anm. 10), Vol. 1, 27–30; Benjamin Franklin an Anthony Todd, 29. März 1776, in: William B. Willcox (Ed.), *The Papers of Benjamin Franklin*, Vol. 22. New Haven, CT/London 1982, 392–394.

schen dazu gebracht, einen Teil der Freiheit aufzugeben und sich einer Regierung zu unterwerfen. Aber all diejenigen, die dem Willen anderer unterworfen sind und deren Eigentum ohne ihre Zustimmung besteuert werden könne, befänden sich in der gleichen Lage wie Sklaven.<sup>22</sup>

Die zunächst abstrakt geführte Debatte über Freiheit und Eigentum nahm im Verlauf der sechziger und siebziger Jahre immer mehr an Schärfe zu. Der Regierung in London wurden zunehmend despotische und tyrannische Absichten unterstellt.

„A series of occurrences [...] afford great reason to believe that a deep-laid and desperate plan of imperial despotism has been laid, and partly executed, for the extinction of all civil liberties,“

so ein Abgeordneter einer Ratsversammlung in Boston 1770.<sup>23</sup> Auch George Washington äußerte die Vermutung, dass England Amerika versklaven wolle, „till they have first reduc[e]d us to the most abject state of Slavery that ever was design[e]d for Mankind“.<sup>24</sup>

Englandkritische Texte amerikanischer Kolonisten beklagten mit deutlichen Worten vermeintlich tyrannische Absichten der Krone, riefen einstweilen jedoch noch nicht zur Trennung vom Mutterland auf. Auch nach Ausbruch des Krieges im Frühjahr 1775 wurde diese Forderung nicht erhoben, Jefferson warnte noch im August 1775 vor einem solchen Schritt. Erst zu Beginn des Jahres 1776 wurde in einem anonym veröffentlichten Essay unter dem Titel „Common Sense“ die Loslösung der Kolonien vom Mutterland gefordert. Der Verfasser des Texts, Thomas Paine, war erst ein Jahr zuvor aus England nach Amerika gekommen. Er begründete die Forderung nach Abspaltung nicht länger mit Rechten der Kolonisten als Engländer, sondern führte den Gedanken des Naturrechts in die Debatte ein, „a government of our own is our natural right“. In der Bevölkerung fand dies großen Widerhall; Historiker schätzen, dass alleine im Jahr der Erstveröffentlichung 150 000 Exemplare von „Common Sense“ verkauft wurden.<sup>25</sup>

Die koloniale Elite diskutierte Paines Essay und lobte den Ruf nach Unabhängig-

---

22 Stephen Hopkins, *The Rights of Colonies Examined*. Providence, RI 1765.

23 Zitiert nach Bailyn, *Ideological Origins* (wie Anm. 2), 94.

24 George Washington an Bryan Fairfax, 20. Juli 1774, in: W. W. Abbot (Ed.), *Papers of George Washington*. Colonial Series, Vol. 10. Charlottesville, VA 1995, 128–131.

25 Thomas Jefferson an John Randolph, 25. August 1775, in: Julian Boyd (Ed.), *Papers of Thomas Jefferson*, Vol. 1. Princeton, NJ 1950, 240–243; *Thomas Paine, Common Sense* (Philadelphia 1776), hrsg. von Gordon S. Wood. New York 2003, 32; *William H. Goetzmann, Beyond the Revolution. A History of American Thought*

keit. Gleichzeitig deuteten sich Vorbehalte wegen der Radikalität seiner demokratischen Forderungen an. George Washington, damals Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee, zeigte sich im April 1776 in einem Schreiben an Oberst Joseph Reed beeindruckt von den Gedanken Paines und wies auf seinen Einfluss auf das Denken der Menschen hin, „common sense is working a powerful change [...] in the Minds of many Men“. John Adams unterstützte zwar die Forderung nach Unabhängigkeit der Kolonien, „the arguments in favor of independence I liked very well“. Die Forderung nach Einführung einer demokratischen Regierung in Form einer Einkammerlegislative erschien ihm jedoch zu radikal. In seiner Autobiographie nannte er Paine einen „disastrous meteor“, der eingeschlagen sei, um die Monarchie durch eine Pöbelherrschaft zu ersetzen. Dem habe er sich entgegenstellen wollen: „I dreaded the effect so popular a pamphlet might have among the People, and determined to do all in my power to counteract the effect of it.“<sup>26</sup> Bereits bevor die Revolution richtig begonnen hatte, sorgten sich Konservative wie Adams darum, wie die demokratische Beteiligung der Bevölkerung in einem zukünftigen Staatswesen begrenzt werden konnte.

Nach der Publikation von „Common Sense“ wurde in den Kolonien mit wachsender Zustimmung über eine Unabhängigkeit vom Mutterland diskutiert. Nur vier Monate später instruierte das Abgeordnetenhaus der Kolonie Virginia ihre Delegation beim Kontinentalkongress – dem Zusammenschluss der dreizehn Kolonien – einen Antrag auf Unabhängigkeit vom Mutterland einzubringen. Am 2. Juli 1776 erklärte der Kongress die Loslösung von Großbritannien. Bereits Wochen zuvor war ein fünfköpfiges Komitee beauftragt worden, einen Text zu verfassen, der diesen Schritt begründen sollte. Diese Declaration of Independence wurde von Thomas Jefferson aus Virginia, einem Anwalt, Politiker, sklavenhaltenden Plantagenbesitzer und späteren dritten Präsidenten der USA verfasst und anschließend im Kontinentalkongress diskutiert.<sup>27</sup>

---

from Paine to Pragmatism. New York 2009, 6; *Thomas P. Slaughter* (Ed.), *Common Sense and Related Writings* by Thomas Paine. New York 2001, 29.

26 George Washington an Joseph Reed, 1. April 1776, in: W. W. Abbot (Ed.), *Papers of George Washington*. Colonial Series, Vol. 4, Charlottesville, VA 1984, 9–13; *John Adams*, *Autobiography*, *Works of John Adams*, Vol. 2. Boston, MA 1850, 507.

27 *Russ Castronovo*, *Propaganda 1776. Secrets, Leaks, and Revolutionary Communications in Early America*. New York 2014, 3; *Mayer*, *Constitutional Thought of Thomas Jefferson* (wie Anm. 6), 39.

Jefferson griff den von Paine vorgetragenen Gedanken auf, dass die englische Regierung die Interessen der Menschen in den Kolonien verletzte und deshalb das Recht verwirkt habe, in Amerika zu regieren. Er erklärte weiter, dass jedermann ein Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum besitze, das den Menschen vom Schöpfer verliehen sei:

„We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“

Dieser naturrechtliche Anspruch des Einzelnen war ursprünglicher als der Staat. Der Staat gewährt diese Rechte nicht; seine (einzige) Aufgabe ist es, sie zu sichern: „That to secure these rights, Governments are instituted among Men.“ Falls eine Regierung dieser Aufgabe nicht nachkam, war es das Recht der Menschen, sie zu verändern oder zu beseitigen, „the Right of the People to alter or to abolish it“. Regierungen mussten nach Jefferson immer demokratisch legitimiert sein, „deriving their just powers from the consent of the governed“. In einer Auflistung führte Jefferson zahlreiche Belege für Englands Verletzungen der Rechte der Amerikaner an. Die Unabhängigkeitserklärung mache Jeffersons Vorstellung deutlich, dass allen Regierungen eine Tendenz zur Bedrohung der Freiheit innewohne, so David N. Mayer. Die Bürger müssten vor einem Missbrauch von Regierungsmacht geschützt werden.<sup>28</sup>

Die Annahme der Declaration of Independence hatte keine staatsrechtlichen Konsequenzen, weil der Kongress bereits zuvor die Unabhängigkeit der Kolonien erklärt hatte. Die Bedeutung des Dokuments erschließt sich erst vor dem Hintergrund des Krieges, der im Frühjahr 1775 begonnen hatte und bis zum Sommer 1776 für die Kontinentalarmee militärisch ungünstig verlaufen war. Die Unabhängigkeitserklärung sollte den Soldaten und Bürgern der Kolonien vor Augen führen, welch hehrer Staat sie nach Ende des Krieges erwarte. Ihnen wurde Freiheit und Demokratie versprochen. General George Washington befahl seinen Offizieren am 9. Juli, Soldaten in Formation antreten zu lassen, damit ihnen der Text vorgelesen würde. Auch in Philadelphia, Williamsburg, Savannah, Providence, Baltimore, Boston und vielen anderen Städten wurde die Declaration vor großen Menschenmengen vorgetragen. Die Wirkung auf die Zuhörer scheint eindrücklich gewesen zu sein. Unmittelbar

---

28 Mayer, *Constitutional Thought of Thomas Jefferson* (wie Anm. 6), 26.

nach Verlesung der Erklärung in New York stürzte eine Menschenmenge das sechs Jahre zuvor errichtete Reiterstandbild Georgs III.<sup>29</sup>

Nachdem die Unabhängigkeit erklärt worden war und noch bevor der Krieg gegen England beendet werden konnte, begannen die Kolonien unverzüglich neue politische Strukturen zu schaffen. Der neue Staatsaufbau erfolgte auf zwei Ebenen. Bereits im Mai 1776 hatte der Kontinentalkongress alle Kolonien aufgefordert, Verfassungen zu erarbeiten, um die alten kolonialen Gründungsdokumente zu ersetzen. Dem kamen die meisten Kolonien recht schnell nach und legten Verfassungen vor, in denen es keinen Bezug zum König mehr gab.<sup>30</sup> Die Verfassungen verfügten jeweils über einen Grundrechtsteil. So heißt es in der Verfassung von Pennsylvania:

„All men are born equally free and independent, and have certain natural, inherent and inalienable rights, amongst which are, the enjoying and defending life and liberty, acquiring, possessing and protecting property, and pursuing and obtaining happiness and safety.“

In der Virginia Declaration of Rights vom Juni 1776 heißt es ähnlich:

„All men are by nature equally free and independent, and have certain inherent rights, of which, when they enter into a state of society, they cannot, by any compact, deprive or divest their posterity; namely, the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property, and pursuing and obtaining happiness and safety.“<sup>31</sup>

Die Verfassungen schufen darüber hinaus demokratische Staatsstrukturen. Am radikalsten waren die Bestimmungen des Staates Pennsylvania. Das Parlament bestand aus nur einer Kammer. Auf eine zweite Kammer, über die Adlige in England Einfluss auf die Politik ausübten, wurde bewusst verzichtet. Auch das Wahlrecht garantierte eine umfassende demokratische Repräsentation. So war Grundbesitz nicht länger Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts. Entsprechend konnten etwa drei Viertel aller weißen Männer in Pennsylvania ihre Stimme abgeben. Legislatur-

---

29 Pauline Maier, *American Scripture, Making the Declaration of Independence*. New York 1998, 155–157.

30 Marc W. Kruman, *State Constitution Making in Revolutionary America. Between Authority and Liberty*. Durham, NC 1997, 1; Verfassungen der Staaten Delaware, New Hampshire, Maryland, New Jersey, Pennsylvania, Virginia, South Carolina entstanden 1776, die von Georgia, New York und Vermont 1777, Massachusetts schließlich folgte im Jahr 1780.

31 Vgl. <[https://avalon.law.yale.edu/r8th\\_century/pao8.asp](https://avalon.law.yale.edu/r8th_century/pao8.asp): <https://www.archives.gov/founding-docs/virginia-declaration-of-rights>>.

perioden waren mit nur einem Jahr recht kurz und es gab Amtszeitbegrenzungen für Abgeordnete. Eine weitere Besonderheit der ersten Verfassung von Pennsylvania war, dass alle Gesetze zwei Mal verabschiedet werden mussten. Nach einer ersten Abstimmung wurden die Gesetzestexte veröffentlicht. Nach der nächsten Wahl zum Parlament musste über das Gesetz ein zweites Mal abgestimmt werden. Damit kam der Bevölkerung gleichsam ein Vetorecht über alle Gesetze zu oder, wie es William Hooper, ein Politiker aus North Carolina, der diese Regelung als zu demokratisch ablehnte, ausdrückte, der Mob sei damit zur zweiten Gesetzgebungskammer geworden.<sup>32</sup>

Die Verfassungen der übrigen amerikanischen Staaten sahen im Unterschied zu Pennsylvania Zwei-Kammer-Legislaturen vor. Die von John Adams erarbeitete Verfassung von Massachusetts aus dem Jahr 1780 legte außerdem Eigentumsqualifikationen für das aktive und passive Wahlrecht fest.<sup>33</sup> Das hatte zur Folge, dass sich im ärmeren westlichen Teil des Staates nur wenige Personen an Wahlen beteiligen konnten. Mehrere Orte konnten überhaupt keine Kandidaten für staatsweite Wahlämter aufstellen, weil niemand über die notwendige Eigentumsqualifikation in Höhe von 1000 Pfund verfügte. Die daraus resultierende ungleiche Repräsentation schlug sich auch in gesetzlichen Maßnahmen nieder, die die Menschen im Westen benachteiligten, was einige Jahre später zu einem bewaffneten Konflikt führen sollte.<sup>34</sup>

Parallel mit der Verfassungsgebung auf der Ebene der einzelnen Staaten begann eine Debatte über einen Zusammenschluss der Staaten und die Schaffung einer zentralen Regierung. Dieser Regierung sollten bestimmte, einzeln definierte Aufgaben zukommen, die die Einzelstaaten alleine nicht bewältigen konnten. Vorarbeiten dazu hatte der Anwalt John Dickinson vorgelegt. Danach sollte aus dem Kontinentalkongress, in dem alle Kolonien vertreten waren, ein Konföderationskongress

---

32 Nash, *Unknown American Revolution* (wie Anm. 5), 275.

33 „No person shall be capable of being elected as a Senator, who is not seized in his own right of a freehold within this Commonwealth, of the value of three hundred pounds at least, or possessed of personal estate to the value of six hundred pounds at least, or of both to the amount of the same sum [...]“, Verfassung des Staates Massachusetts, 1780, Section II, Senate, <<https://constitutioncenter.org/the-constitution/historic-document-library/detail/massachusetts-constitution>>.

34 Morgan, *Birth of the Republic* (wie Anm. 4), 94; Robert F. Williams, *The Influences of Pennsylvania's 1776 Constitution on American Constitutionalism during the Founding Decade*, in: *The Pennsylvania Magazine of History and Biography* 112/1, 1988, 25–48; Willard Sterne Randall, *The Founders' Fortunes. How Money Shaped the Birth of America*. New York 2022, 235–236.

aller Staaten hervorgehen. Im Bereich der Außenvertretung sollte der Kongress mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden und den Krieg gegen England weiterführen und über Friedensbedingungen verhandeln. Der Kongress sollte auch Streitigkeiten zwischen Einzelstaaten schlichten. Keine Befugnisse hatte der Kongress hingegen in internen Angelegenheiten der Staaten.<sup>35</sup>

Aus diesem Plan gingen 1777 die Konföderationsartikel hervor, die nach vierjährigen Beratungen 1781 von allen Staaten ratifiziert wurden. Diese recht lange Dauer des Ratifikationsverfahrens deutet an, dass sich die nun souveränen Staaten schwer taten, Kompetenzen an eine übergeordnete Institution abzugeben.

„Article I. The Stile of this confederacy shall be, ‘The United States of America’.

Article II. Each state retains its sovereignty, freedom and independence, and every Power, Jurisdiction and right, which is not by this confederation expressly delegated to the United States, in Congress assembled.“<sup>36</sup>

Die Konföderationsartikel gaben sich zwar den Anschein einer Verfassung, sie stellen jedoch nicht mehr als einen Vertrag zwischen den Staaten dar, der eine *firm league of friendship* begründete. Bereits der Name „United States of America“ deutete an, dass kein zentral organisierter Staat gegründet werden sollte, sondern dass es sich um einen Zusammenschluss souveräner Einzelstaaten handelte. Artikel 2 bekräftigte dies noch einmal explizit. Alle Befugnisse, die nicht ausdrücklich der Zentralregierung übertragen worden waren, verblieben bei den Einzelstaaten. Zu den nicht der Bundesregierung übertragenen Befugnissen gehörte insbesondere das Besteuerungsrecht. Damit war der Kongress darauf angewiesen, dass ihm die Staaten finanzielle Mittel für alle notwendigen Ausgaben zur Verfügung stellten. Die Staaten taten sich jedoch schwer, ihre Bürger finanziell zu belasten, um das Geld an eine ferne zentralstaatliche Institution abzuführen. Wie schwierig die Finanzierung der Kriegsanstrengung unter diesen Bedingungen war, kann an einem Beispiel gezeigt werden. So forderte der Konföderationskongress die Staaten zwei Wochen nach der Schlacht von Yorktown (Oktober 1781) auf, acht Millionen Dollar zur Fortführung des Kampfes gegen England zur Verfügung zu stellen. Im Januar 1783 ließ der Kongress verlauten, das nur 420 000 Dollar eingegangen seien.<sup>37</sup>

---

35 White, *Law in American History* (wie Anm. 4), 169 f.

36 Articles of Confederation, Art. 1 u. 2, < <https://www.archives.gov/milestone-documents/articles-of-confederation>>.

37 Ben Baack, *Forging a Nation State: The Continental Congress and the Financing of the War of American Independence*, in: *EconHR* 54, November 2001, 639–656, 650.

Es gibt in der Geschichtswissenschaft eine Debatte über die Bewertung der Phase der Konföderationsartikel. Auf der einen Seite gab es in den Jahren 1781 bis zur Annahme der Verfassung 1788/89 eine Reihe militärischer und politischer Erfolge. So wurde der Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien trotz aller finanziellen Widrigkeiten erfolgreich geführt und 1783 mit dem Friedensvertrag von Paris beendet. Mit der Verabschiedung der Northwest Ordinance wurde im Sommer 1787 eine tragfähige Grundlage für die politische Organisation territorialer Erweiterungen des Landes gelegt.<sup>38</sup>

Wenn die Konföderationsartikel über 1788/89 hinaus fortbestanden hätten, wären die Staaten „Laboratorien der Demokratie“ (Jill Lepore) geblieben und hätten unterschiedliche politische und soziale Entwicklungspfade beschritten. Es ist kaum vorstellbar, dass die Nordstaaten in diesem Fall aus Rücksicht auf Befindlichkeiten der Südstaaten Gesetze zur Rückführung entlaufener Sklaven ähnlich der Fugitive Slave Laws der Jahre 1793 und 1850 verabschiedet hätten. Im Gegenteil hatten Staaten im Norden bereits erste Schritte zur Beseitigung der Sklaverei unternommen. Pennsylvania hatte 1780 ein Gesetz verabschiedet, in dem es unter anderem hieß, „servitude for life, or slavery of children, in consequence of the slavery of their mothers, [...] shall be [...] extinguished and for ever abolished“. Daneben garantierten die Konföderationsartikel, dass alle Bürger die Grundrechte und demokratischen Mitwirkungsrechte genossen, für die sie in der Revolution gekämpft hatten und die in den Einzelstaatenverfassungen verbriefte waren. Die Historikerin Laurie Thomas Vass erklärt, dass die Konföderationsartikel aus der Perspektive der einfachen Bürger und Soldaten die bestmögliche politische Ordnung dargestellt hätten.<sup>39</sup>

In der Literatur überwiegt jedoch eine negative Auffassung, nach der die Regierung in dieser Zeit zu schwach gewesen sei, um anstehende Aufgaben zu bewältigen. Bereits die Finanzierung des Krieges war schwierig gewesen. Ein Beistands- und Handelsvertrag mit Spanien scheiterte 1785/86 im Kongress, weil nur sieben statt der notwendigen neun Staaten zustimmten.<sup>40</sup> Der Kongress erwies sich darüber

---

38 White, *Law in American History* (wie Anm. 4), 172.

39 Lepore, *These Truths* (wie Anm. 3), 226; *An Act for the Gradual Abolition of Slavery, 1780*, <[http://avalon.law.yale.edu/18th\\_century/pennstor.asp](http://avalon.law.yale.edu/18th_century/pennstor.asp)>; Laurie Thomas Vass, *Shays' Rebellion and Madison's War Against State-Issued Paper Money*, excerpt from *George Mason's America* (23. Januar 2023), <<http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4335772>>.

40 Daniel Lang, *Foreign Policy in the Early Republic. The Laws of Nations and the Balance of Power*. Baton Rouge, LA 1985, 78f.



hinaus als zu schwach, Großbritannien dazu zu zwingen, die letzten militärischen Festungsanlagen auf US-Territorium entlang der Großen Seen zu räumen. Ein weiteres Beispiel für die Schwäche der Konföderationsstruktur war der gescheiterte Versuch des Kongresses vom Herbst 1786, einen Kredit über eine halbe Million Dollar von privaten Investoren aufzunehmen, um einen Aufstand in Massachusetts niederzuschlagen.<sup>41</sup>

Verantwortlich für diese Schwäche des Kongresses waren die Staaten, die nur geringes Interesse an Bundesangelegenheiten zeigten. Häufig fehlten Delegierte einzelner Staaten bei Zusammenkünften des Kongresses, der damit beschlussunfähig war. Der Delegierte Rufus King aus New York beklagte in einem Brief an John Adams vom 1. Februar 1786, dass seit Oktober nur sieben der 13 Staaten im Kongress vertreten seien. Entsprechend habe man wichtige Fragen nicht erörtern und beschließen können. Die Staaten New York und Georgia seien darüber hinaus ihren finanziellen Verpflichtungen bisher noch nicht nachgekommen.<sup>42</sup>

Das negative Bild der Konföderationsartikel ist namentlich von Politikern und Publizisten propagiert worden, die sich in den 1780er Jahren um die Schaffung einer neuen zentralen politischen Ordnung bemühten. Dazu gehörten neben George Washington und John Adams die Verfasser der „Federalist Papers“ James Madison, Alexander Hamilton und John Jay. Die „Federalist Papers“ gelten als wichtiger Beitrag Amerikas zur politischen Diskussion im späten 18. Jahrhundert; sie waren jedoch nicht das Werk unbeteiligter und unparteiischer Beobachter, sondern eine politische Kampfschrift mit dem Ziel, für die Annahme einer neuen Verfassung zu werben. So kritisierte Hamilton im 21. Artikel Bestimmungen, die zuvor als Errungenschaften der Revolution galten. Dazu gehörte, dass sich die Zentralregierung nicht in Angelegenheiten der Einzelstaaten einmischen konnte. Hamilton beklagte, dass es keine Möglichkeit gebe, auf Staaten einzuwirken, die ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkamen, „there is no express delegation of authority to them to use force against delinquent members“.<sup>43</sup>

---

41 Michael J. Klarman, *The Framers' Coup. The Making of the United States Constitution*. New York 2016, 11.

42 Rufus King an John Adams, 1. Februar 1786, in: Gregg L. Lint et al. (Eds.), *Papers of John Adams*. Vol 18: December 1785 – January 1787. (The Adams Papers. Series 3: General Correspondence and Other Papers of the Adams Statesmen.) Cambridge, MA 2016, 133 f.

43 Alexander Hamilton, *Federalist* Nr. 21, in: *The Federalist Papers. With an Introduction, Table of Contents, and Index of Ideas by Clinton Rossiter*. New York 1961, 138.

Vor dem Hintergrund innen- und außenpolitischer Kontroversen und einem als wenig effizient empfundenen Staatswesen machte sich in den Schriften vieler früherer Revolutionsführer Resignation breit. Statt einem König Untertan zu sein, habe man ein anarchisch anmutendes politisches System geschaffen, in dem die Staaten miteinander konkurrierten und nicht kooperierten. George Washington, der an der Spitze der Kontinentalarmee die Unabhängigkeit der Kolonien erkämpft hatte, führte im Sommer 1786 einen Briefwechsel mit dem New Yorker Anwalt John Jay, aus dem ihre Enttäuschung über die politische Situation im Land hervorgeht. Jay schrieb im Juni, dass die Lage schwieriger sei als in den Jahren des Krieges gegen England, weil man damals ein Ziel vor Augen hatte, für das es sich zu kämpfen lohnte.<sup>44</sup> Washington stimmte dem in seinem Antwortschreiben zu und erklärte, dass die politische Struktur des Landes überarbeitet werden müsse: „We have errors to correct.“ Man habe sich offensichtlich in der Natur des Menschen geirrt; sie würden ohne Anstoß von außen keine Maßnahmen ergreifen, die gut für sie seien. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Nation lange bestehen werde ohne eine Macht, die die ganze Union durchdringe. Sich davor zu fürchten, den Kongress mit wirksamen Machtmitteln auszustatten, erschien ihm „im höchsten Maße absurd und verrückt“. Washington fürchtete sogar, dass die Bewohner des Landes aus Unzufriedenheit mit den politischen Umständen eine neue Revolution beginnen könnten. Was für ein Triumph es für die Anhänger der Despotie wäre, wenn sich herausstellen sollte, dass die Amerikaner nicht in der Lage seien, sich selbst zu regieren, weil ihr politisches System, das auf der Basis von Freiheit errichtet wurde, von irrtümlichen Annahmen ausgegangen sei.<sup>45</sup>

Diese kritische Auffassung dominiert die Historiographie über die Konföderationsartikel. So nannte John Fiske die 1780er Jahre die „kritischste Phase“ der amerikanischen Geschichte. Er führte den Erfolg des Nordens im Bürgerkrieg 1861–1865 darauf zurück, dass es Patrioten gab, die für die Sache der Union zu kämpfen bereit waren. Eine solche Identifikation der Bürger mit den Vereinigten Staaten habe es in den 1780er Jahren nicht gegeben. Rechtshistoriker, die die Stabilität der amerikanischen Verfassungsordnung nach 1788 hervorheben, listen zumeist ebenfalls nur

---

44 John Jay an George Washington, 27. Juni 1786, in: Harry Johnston (Ed.), *The Correspondence and Papers of John Jay*, Vol. 3. New York 1890, 204.

45 George Washington an John Jay, 15. August 1786, in: Chauncy Ford (Ed.), *Writings of George Washington* (wie Anm. 1), 53.

Schwächen der Konföderationsartikel auf. So resümiert G. Edward White, dass der Staat 1787 bankrott gewesen sei; damit sei offenkundig gewesen, dass es einer grundlegenden Reform bedurfte. Dass auch die öffentliche Meinung die Notwendigkeit für eine Verfassungsreform erkannte, führte White auf einen Aufstand in mehreren Landkreisen des Staates Massachusetts zurück, der sich um die Jahreswende von 1786 auf 1787 ereignete.<sup>46</sup>

## II. An Excess of Democracy

Ende August 1786 begann im Westen von Massachusetts, in Northampton, ein Protest von Farmern gegen die ihnen auferlegte Steuern. Dieser Protest kann auf die bereits erwähnte politische Benachteiligung des wirtschaftlich schwächeren Westens durch die Verfassung des Staates Massachusetts von 1780 zurückgeführt werden. Die dominanten Vertreter der Handelsinteressen des Ostens hatten zwischen 1783 und 1786 steuerliche Abgaben auf Grund und Boden deutlich erhöht. Bei Farmern, die diese Abgaben nicht entrichten konnten, wurde Eigentum konfisziert und Höfe wurden zwangsversteigert. Dagegen richteten sie zunächst Petitionen. Als dies keinen Erfolg hatte, suchten sie nach anderen Formen des Protests. Der folgende Aufruhr ist nach dem Farmer und ehemaligen Offizier der Kontinentalarmee Daniel Shays benannt. Ihm schlossen sich bis Ende Januar 1787 zwischen 1000 und 1500 Personen an, die die „tyrannische Regierung des Staates Massachusetts“ stürzen wollten.<sup>47</sup>

Die Rebellion von Shays orientierte sich bewusst an der revolutionären Bewegung gegen die britische Regierung in den Jahrzehnten zuvor. Es ging um Kritik an Steuern, die an eine ferne Zentralregierung abzuführen waren und als Einschränkung von Freiheitsrechten aufgefasst wurden. Die nur gut zehn Jahre zuvor verabschiedete Unabhängigkeitserklärung, nach der es das Recht aller Bürger sei, eine Regierung abzusetzen, die nicht ihre Interessen vertrat, bestärkte Shays und seine

---

46 John Fiske, *The Critical Period of American History, 1783–1789*. Boston, MA 1888, 55–57; White, *Law in American History* (wie Anm. 4), 72.

47 An Address to the People of the Several Towns in the County of Hampshire, zitiert nach *George Richards Minot*, *History of the Insurrection in Massachusetts in 1786 and of the Rebellion Consequent Thereon*. Boston, MA 1810, 82f.; *Leonard L. Richards*, *Shays's Rebellion. The American Revolution's Final Battle*. Philadelphia, PA 2014, 63; *Nash*, *Unknown American Revolution* (wie Anm. 5), 398.

Anhänger in ihren Vorstellungen. George Washington und der Gouverneur von Massachusetts, James Bowdoin, mögen vielleicht die Worte der Declaration of Independence nicht ernst genommen haben, so Leonard L. Richards, „but others did“. Die Aufständischen glaubten, dass ihr Vorgehen im Einklang mit der revolutionären Tradition des Landes stand. Schließlich hatte man einige Jahre zuvor nicht weit von Northampton im Hafen von Boston Tee im Meer versenkt und damit ebenfalls einen Rechtsbruch begangen, der nun allenthalben gelobt wurde.<sup>48</sup>

Der Konflikt in Massachusetts brach aus, nachdem Bowdoin im Mai 1785 Gouverneur geworden war. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger John Hancock, der Steuerschulden der Bevölkerung nicht unter Androhung von Strafmaßnahmen eingefordert hatte, verfolgte Bowdoin einen rigorosen Kurs und bestand auf allen Steuerzahlungen, um die Schulden des Staates Massachusetts aus dem Unabhängigkeitskrieg so schnell wie möglich zu bezahlen. Dies rief Widerstand hervor. Im Sommer 1786 besetzten Männer, die sich *regulators* nannten, Gerichtsgebäude und verhinderten Zwangsvollstreckungen zu Lasten verarmter Farmer. Der Staat Massachusetts verabschiedete daraufhin ein Aufruhrgesetz (Riot Act), das Bürgerrechte einschränkte. Versammlungen mit mehr als zwölf Personen konnten verboten werden. Wenn eine solche Versammlung trotz Aufforderung nicht beendet würde, konnte die Polizei einschreiten. Sollte ein Aufständischer bei einem solchen Einsatz der Polizei ums Leben kommen, würden die beteiligten Polizisten dafür grundsätzlich nicht zur Rechenschaft gezogen.<sup>49</sup>

Am 20. Oktober entschied der Kontinentalkongress, den Staat Massachusetts bei der Niederwerfung des Aufstands durch die Rekrutierung von Soldaten zu unterstützen. Es ist umstritten, ob dies rechtlich zulässig war, weil dem Kongress Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Staaten explizit verboten waren. Vermutlich überwog jedoch die Sorge, dass den Aufständischen im Arsenal der Stadt Springfield Waffen in die Hände fallen könnten, wo seit den Tagen des Unabhängigkeitskrieges

---

48 Joseph Parker Warren, *The Confederation and the Shays Rebellion*, in *AHR* 11/1, 1905, 42–67, 42; Randall, *Founders' Fortunes* (wie Anm. 34), 236; Richards, *Shays's Rebellion* (wie Anm. 47), 68.

49 Klarman, *Framers' Coup* (wie Anm. 41), 91; „[I]f any such person or persons shall be killed or wounded, by reason of his or their resisting the persons endeavoring to disperse or seize them, the said Justice, Sheriff, Deputy Sheriff, Constable and their assistants, shall be indemnified and held guiltless“, vgl.: *An Act To Prevent Routs, Riots, And Tumultuous Assemblies, And Evil Consequences Thereof*, 1786, <<https://archives.lib.state.ma.us/items/2f253d51-35d3-47a3-bfe9-7e12e65bc1c5>>; Richards, *Shays's Rebellion* (wie Anm. 47), 85.

Gewehre, Kanonen und Munition lagerten. In der offiziellen Begründung beschritt der Kongress jedoch einen anderen Weg und rechtfertigte die Aufstellung der Truppen mit einer vermeintlichen Bedrohung durch Indianer im Ohiotal. Die Aufstellung dieser Armee scheiterte jedoch, weil die Staaten nicht bereit waren, entsprechende Kredite mit Steuern zu sichern. Schließlich gelang es Bowdoin, die Wirtschaftselite Neuenglands, Händler und andere wohlhabende Personen dazu zu bringen die notwendigen finanziellen Mittel für die Aufstellung eine Söldnerarmee im Umfang von 4400 Mann bereitzustellen.<sup>50</sup>

Um die Jahreswende 1786/87 kam es zu mehreren Gefechten, bei denen Aufständische und Milizionäre getötet wurden. Die Gefechtsberichte Generalmajor William Shepards an Gouverneur Bowdoin machen deutlich, dass eine straff geführte und militärisch überlegene Söldnertruppe eine weitgehend unorganisierte Gruppe von Aufständischen bekämpfte. So schrieb Shepard am 26. Januar 1787, dass er seine Artillerie angewiesen habe, auf die Aufständischen zu feuern. Da sie auf die ersten beiden Salven, die bewusst über ihre Köpfe abgefeuert worden waren, nicht reagiert hätten, sei in der dritten Salve auf die Mitte der Angreifer gezielt worden. Dann sei eine Haubitze mit Kartätschen (*grape shots*) geladen und abgefeuert worden. Wenn er gewollt hätte, hätte er die gesamten feindlichen Truppen in 25 Minuten töten können, so Shephard.<sup>51</sup>

Der Aufstand brach Ende Februar zusammen und endete mit der Flucht vieler Farmer in andere Staaten. Nachdem Hancock im Mai 1787 mit überwältigender Mehrheit erneut zum Gouverneur gewählt worden war, begnadigte er die Aufständischen. James Madison beklagte daraufhin, dass Aufrührer nun die Macht in Massachusetts übernommen hätten.<sup>52</sup>

In zeitgenössischen Schriften fand der Aufstand von Shays eine enorme Resonanz, die weit über die tatsächliche Gefährdung für das Staatswesen hinausging. Im Zentrum der Besorgnisse stand die Zukunft der Sozialordnung angesichts einer schwachen Regierung. Im Oktober 1786 warnte Henry Lee in einem Brief an Madison, dass eine soziale Revolution bevorstehe, weil die Aufständischen alle Schulden

---

50 Richards, Shays's Rebellion (wie Anm. 47), 15, 24 f.; Klarman, Framers' Coup (wie Anm. 41), 11.

51 Brief General William Shepards an Gouverneur Bowdoin, 26. Januar 1787, in: Documents Relating to the Shays Rebellion, 1787, AHR 2/4, 1897, 693–699.

52 James Madison an James Monroe, 30. April 1787, in: Rutland/Rachal (Eds.), The Papers of James Madison (wie Anm. 7), 407 f.; Taylor, American Revolutions (wie Anm. 13), 368 f.

streichen und Eigentum umverteilen wollten („abolition of debts public & private, a division of property“).<sup>53</sup> Auch Kriegsminister John Knox sah in der Rebellion eine Gefährdung der Sozialordnung. Er ging von 12000 bis 15000 Aufständischen aus, die sich gegen die Freiheit verschworen hätten – eine um den Faktor zehn zu hohe Zahl. Wie könne der Staat in dieser Lage Leben und Eigentum der Bürger schützen? Amerikaner seien nicht die tugendhaften Menschen, die einst die englische Tyrannei bekämpft hatten, so Knox, sondern Menschen mit eigenen Interessen, die, falls nötig, von einer Regierung zu zügeln seien:

„We imagined, that the mildness of our government and the virtue of the people were so correspondent that we were not as other nations requiring brutal force to support the laws – But we find that we are men, actual men, possessing all the turbulent passions belonging to that animal and that we must have a government proper and adequate for him.“

Auch David Humphreys, ein ehemaliger Oberst in der Kontinentalarmee, zeichnete in einem Schreiben an Washington am 1. November 1786 ein apokalyptisches Bild von der Lage in Massachusetts:

„Government is prostrated in the dust. And it is much to be feared that there is not energy enough in that State, to reestablish the civil Powers. The leaders of the Mob, whose fortune & measures are desperate, are strengthening themselves daily.“<sup>54</sup>

John Adams beklagte in einem Brief an John Jay vom 30. November 1786 die vielfältigen Rufe nach einer Streichung aller Schulden und die Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung des Eigentums. Die Menschen würden sich täuschen, wenn sie den „wertlosesten Mitgliedern der Gesellschaft“ Glauben schenkten, die Leben, Freiheit und Eigentum unsicherer machten.<sup>55</sup> George Washington machte in einem Schreiben an den Marquis de Lafayette vom Juni 1787 deutlich, dass für ihn eine starke Regierung nicht länger als Bedrohung der Freiheit galt, sondern dass nur

---

53 Henry Lee an James Madison, 19. Oktober 1786, in: Rutland/Rachal (Eds.), *Papers of James Madison* (wie Anm. 7), 143–145.

54 Henry Knox an George Washington, 23. Oktober 1786, in: Abbot (Ed.), *Papers of George Washington* (wie Anm. 26), 299–302; David Humphreys an George Washington, 1. November 1786, in: ebd. 324–326, 350–352.

55 „The People at large will be miserable Dupes indeed, if they indulge themselves in Slumbers, which may give scope to a few of the most worthless in society, in point of Morals as well as Property to render their Lives, Liberties, Religion Property and Characters insecure“, Adams an Jay, 30. November 1786, in: Lint et al. (Eds.), *Papers of John Adams*, Vol. 18 (wie Anm. 42), 512f.

eine mit Macht ausgestattete Regierung Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger schützen könne. Eine der wenigen Personen, die sich angesichts der Unruhen nicht alarmiert zeigte, war Jefferson.<sup>56</sup>

Die Rebellion von Shays stellte zwar nie eine konkrete Gefahr für den Staat Massachusetts oder gar die Vereinigten Staaten dar, sie galt Zeitgenossen dennoch als vermeintlicher Beleg dafür, dass eine „richtige nationale Regierung“ gebildet werden musste, so der Historiker Joseph Warren. Ohne die Furcht der Elite vor der erneuten Rebellion hätten vermutlich weder der Kongress noch die Staaten einer verfassungsgebenden Versammlung ihre Zustimmung erteilt, so Michael Klarman.<sup>57</sup>

Im Februar 1787 rief der Kongress zu einer Versammlung auf, um die Articles of Confederation zu überarbeiten. Anders als noch im Jahr zuvor, als sich nur ein Dutzend Abgesandte aus fünf Staaten an einer ähnlichen Versammlung in Annapolis beteiligten, kamen im Mai 1787 55 Delegierte aus zwölf Staaten nach Philadelphia.<sup>58</sup> Mit der Einberufung dieser Versammlung, die bis in den September tagte, begann eine zweite Phase der Revolution. Die vorgelegte Verfassung revidierte viele frühere Vorstellungen über das Verhältnis von Freiheit und Eigentum mit dem Ziel der Schaffung eines effizienten Staatswesens.

Es gibt nur wenige zeitgenössische Berichte über den genauen Ablauf der Beratungen der Versammlung. Aus Aufzeichnungen James Madisons, die erst Jahre später veröffentlicht wurden, kann der Verlauf der Beratungen jedoch rekonstruiert werden. Zur Arbeitsgrundlage der Versammlung wurde ein Plan Madisons vom 29. Mai genommen. Die Bedeutung dieses sogenannten Virginia-Plans lag darin, dass er keine bloße Revision der Konföderationsartikel darstellte, sondern dass eine neue völlig Grundlage für eine Regierung geschaffen werden sollte. Die Änderungen betrafen vor allem drei Aspekte: Statt, erstens, die Souveränität der Einzelstaaten zu betonen, wurde eine Nationalregierung geschaffen, die über weitreichende Kompetenzen (zu Lasten der Einzelstaaten) verfügte; zweitens musste die Nationalregie-

---

56 George Washington an den Marquis de Lafayette, 6. Juni 1787, in: W. W. Abbott (Ed.), *Papers of George Washington*. Colonial Series, Vol. 5. Charlottesville, VA 1988, 221 f.; *Richards*, Shays's Rebellion (wie Anm. 47), 131 f.

57 *Warren*, The Confederation (wie Anm. 48); *Klarman*, Framers' Coup (wie Anm. 41), 596.

58 *White*, Law in American History (wie Anm. 4), 175 f.; *Robert Jones*, George Washington. Ordinary Man, Extraordinary Leader. New York 2002, 98. Rhode Island hatte keine Delegierten zur Verfassungsgebenden Versammlung geschickt und war der letzte Staat, der die Verfassung annahm, *Gordon S. Wood*, Power and Liberty. New York 2021, 175–188.

rung national legitimiert werden. Und drittens sah der Plan die Errichtung eines nationalen gesetzgebenden Organs vor, das aus zwei Kammern bestand. Die Mitglieder der einen Kammer sollten unmittelbar vom Volk gewählt („elected by the people of the several states“), die des anderen von den Abgeordnetenkammern der Einzelstaaten bestimmt werden („nominated by the individual Legislatures“).<sup>59</sup>

Manchen Delegierten ging dieser Verfassungsentwurf zu weit in Richtung auf eine Zentralisierung der Macht. Sie legten Mitte Juni einen Alternativplan vor. Dieser New Jersey-Plan ging von einer nur graduellen Funktionserweiterung der Konföderationsartikel aus. So sollte der Bund nicht das Recht erhalten, in einzelstaatliche Belange einzugreifen. Und der Plan sah ein Ein-Kammer-Abgeordnetenhaus vor, in dem jeder Staat mit einer Stimme vertreten war. Es wurde schnell deutlich, dass der New Jersey-Plan als unzureichend galt und nur wenig Rückhalt unter den Delegierten genoss. Aber der Aspekt der Repräsentation im Kongress war auch nach Maßgabe des Virginia-Plans umstritten. Kleine Staaten lehnten Madisons Vorschlag einer Repräsentation nur nach Bevölkerungsstärke ab; große Staaten kritisierten den Plan der gleichen Repräsentation aller Staaten.

Am 18. Juni schlug der New Yorker Delegierte Alexander Hamilton einen weiteren Plan vor, der über die Vorstellungen des Virginia-Plans hinausging. Hamilton plädierte für ein politisches System, das eine auffallende Ähnlichkeit mit dem britischen besaß. Die Exekutive sollte auf Lebenszeit ernannt werden und alle Gesetze mit einem Veto zu Fall bringen können. Auch die Mitgliedschaft im Senat sollte grundsätzlich lebenslang sein. Die Einzelstaaten sollten ihre Eigenstaatlichkeit verlieren; Hamilton wollte ihnen stattdessen eine Bedeutung wie den Provinzen im Römischen Reich zukommen lassen.<sup>60</sup>

Vor dem Hintergrund, dass bereits der Virginia-Plan als zu weitgehend kritisiert worden war, gehen die meisten Historiker davon aus, dass Hamilton nicht damit gerechnet hat, dass sein Plan umgesetzt werden könnte. Sein späteres Eintreten für die Verfassung, die sich eng am Virginia-Plan orientierte, legt die Vermutung nahe, dass er ein Gegengewicht zum New Jersey-Plan setzen wollte. Verglichen mit Hamiltons

---

59 Dietmar Herz, *Die wohlerwogene Republik. Das konstitutionelle Denken des politisch-philosophischen Liberalismus*. Paderborn 1999, 147.

60 Constitutional Convention, Plan of Government, 18. Juni 1787, in: Harold C. Syrett (Ed.), *The Papers of Alexander Hamilton*, Vol. 4. New York 1962, 207–12.



radikal-zentralistischem Vorschlag erschien der Virginia-Plan geradezu als Kompromissangebot.<sup>61</sup>

Der endgültige Verfassungsentwurf suchte eine Antwort auf die Frage, wie in einer großräumiger Republik demokratische Repräsentation mit effizientem staatlichen Handeln kombiniert werden konnte. Hinsichtlich der demokratischen Struktur sah die Verfassung eine Zwei-Kammer-Legislative vor, wobei im Senat alle Staaten mit jeweils zwei Senatoren vertreten waren; im Repräsentantenhaus richtete sich die Anzahl der Vertreter nach der Bevölkerungszahl. Im Vergleich zu den Konföderationsartikeln war die demokratische Beteiligung der Bürger gemäß der Verfassung indirekt. Von den drei zentralen Verfassungsorganen – Präsident, Senat und Repräsentantenhaus – konnten die Bürger nur eine unmittelbar bestimmen. Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses wurden alle zwei Jahre direkt von der Bevölkerung gewählt. Senatoren wurden bis weit ins 20. Jahrhundert hinein von den Einzelstaaten ernannt. Da die Staaten zumeist wirtschaftlich erfolgreiche Personen in den Senat entsandten, nahm dieser mehr und mehr die Rolle eines aristokratisch anmutenden Gegenspielers zum demokratisch gewählten Repräsentantenhaus ein. Die Wahl des Präsidenten erfolgt indirekt über Wahlmänner (electors), die in einem separaten Wahlakt den Präsidenten bestimmten. Nur im Fall, dass sich die Wahlmänner nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, würde die Wahl des Präsidenten im Repräsentantenhaus erfolgen.

Um staatliches Handeln effizienter zu gestalten, hat die Verfassung insbesondere die Bestimmungen zur Besteuerung gegenüber den Konföderationsartikeln geändert: Artikel 1, Abschnitt 8 der Verfassung autorisiert den Kongress, Steuern, Zölle und Abgaben festzulegen und über Ausgaben des Staates zu entscheiden: „lay and collect taxes, duties, imposts and excises, to pay the debts and provide for the common defense and general welfare of the United States“.<sup>62</sup>

Die Delegierten in Philadelphia haben im Verlauf des Jahres 1787 den Staat neu gedacht und ihm eine im Vergleich zu den Konföderationsartikeln grundlegend veränderte Struktur gegeben. Der wohl gravierendste Unterschied zwischen der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung betrifft das dahinterstehende Menschenbild. Während des gemeinsamen Kampfes gegen England betonte die Declaration of Independence die Naturrechte und politischen Mitwirkungsrechte der Bürger. Das

---

61 Ron Chernow, Alexander Hamilton. New York 2004, 234f.

62 Akhil Reed Amar, America's Constitution. A Biography. New York 2005, 107.

Menschenbild der Verfassungsväter ist ein anderes. Der Mensch galt ihnen durch persönliche Interessen geleitet und habe nicht das Wohl des Ganzen im Sinn. Der Politikwissenschaftler Dietmar Herz diagnostiziert bei den Verfassungsvätern ein „düsteres Bild von der menschlichen Natur“. <sup>63</sup> Beispielhaft sei an dieser Stelle auf den 51. Artikel der „Federalist Papers“ verwiesen, in dem Madison forderte, dass dem Interesse des einzelnen offensiv entgegengetreten werden müsse, „ambition must be made to counteract ambition“. Wenn Menschen Engel wären, wären Regierungen überflüssig („if men were angels, no government would be necessary“). Wenn Engel die Menschen regierten, bedürfe es keiner Kontrolle über die Regierung. In einer Regierung von Menschen über Menschen müssten jedoch zwei Probleme gleichzeitig gelöst werden: Die Regierung muss in der Lage sein, die Menschen zu regieren, und dazu gebracht werden, sich selbst zu kontrollieren. <sup>64</sup>

Der Verfassungsentwurf wurde am 17. September 1787 von 39 Delegierten unterzeichnet. 13 der ursprünglich 55 Delegierten waren bereits vor Ende der Beratungen abgereist; drei verweigerten am Ende der Beratungen ihre Unterschrift. Der Entwurf, der bereits unter den Delegierten umstritten war, traf auch in der Bevölkerung keineswegs auf einhellige Zustimmung. So äußerte sich Madison in einem Brief an Jefferson enttäuscht, weil der Entwurf seiner Meinung nach nicht weit genug in Richtung einer Zentralisierung der Macht in den Händen der Bundesregierung ging. Dies betraf insbesondere die Bestimmung, nach der die Regierung nicht in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten eingreifen durfte. In seinem Antwortschreiben vom 20. Dezember beklagte Jefferson hingegen, dass ihm die Zentralisierung zu weitgehend war. Insbesondere fehlte ihm ein Grundrechtskatalog, der auf Bundesebene Religions- und Meinungsfreiheit garantieren würde. <sup>65</sup>

Viele Revolutionäre des Kampfes gegen England reagierten wie Jefferson mit Kritik am Verfassungsentwurf. George Mason, Richard Henry Lee, Patrick Henry, George Clinton und Elbridge Gerry äußerten sich ebenso negativ wie John Tyler aus Virginia, der schrieb, dass er nicht damit gerechnet habe, dass die Freiheit beseitigt werden sollte. Der Delegierte Luther Martin aus Maryland erinnerte daran, dass die

---

63 Herz, Wohlerwogene Republik (wie Anm. 59), 187.

64 James Madison, Federalist Nr. 51, 1788, in: Federalist Papers (wie Anm. 43), 322.

65 James Madison an Thomas Jefferson, 6. September 1787, in: William T. Hutchinson et al. (Eds.), Papers of James Madison, Vol. 10. Chicago, IL 1977, 163–165; Wood, Radicalism of the American Revolution (wie Anm. 2), 255; Thomas Jefferson an James Madison, 20. Dezember 1787, in: Boyd (Ed.), Papers of Thomas Jefferson (wie Anm. 8), 438–442; Mayer, Constitutional Thought of Thomas Jefferson (wie Anm. 6), 95.

Amerikaner nach der Loslösung von England bewusst dreizehn souveräne Staaten statt eines Einheitsstaates geschaffen hätten. Eine republikanische Regierungsform könne nur in kleinen politischen Einheiten überleben.<sup>66</sup>

Die Vorstellungen der Gegner der Verfassung, die als Anti-Federalists bezeichnet werden, standen lange Zeit im Schatten der Argumente der Federalists, die für die Annahme der Verfassung warben. Verantwortlich dafür waren zwei Gründe. Erstens lehnten sie ein Dokument ab, das in der Rückschau über mehr als 200 Jahre für politische Stabilität gesorgt hat und auf das die Amerikaner stolz sind. Zweitens hat man den Anti-Federalists lange Zeit unterstellt, dass sie zwar klare Vorstellungen darüber hätten, was sie *nicht* wollten, aber nie eigene Positionen definieren konnten. Das letzte Argument trifft jedoch nur begrenzt zu. Der Historiker Herbert J. Storing hat aus den Schriften der Anti-Federalists zentrale Positionen herausgearbeitet. Danach sahen die Anti-Federalists ihre Idealvorstellungen unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung als verwirklicht an und bezweifelten, dass es in einem zentral regierten großräumigen Staat jemals wirkliche Freiheit geben könne. So fragte ein Anti-Federalist aus South Carolina während einer Debatte um die Ratifikation der Verfassung seine Zuhörer, was *Freiheit* sei. Er definierte Freiheit als Möglichkeit, sich selbst regieren zu können. „If you adopt this constitution, have you this power? No: You give it into the hands of a set of men who live one thousand miles distant from you.“ Eine großräumige Republik sei nicht vorstellbar; die klassischen Republiken seien immer klein gewesen. Athen und Rom hätten ihren freiheitlich-republikanischen Charakter in dem Moment verloren, da sie zu expandieren begannen. Amerikas Weg zur Tyrannei sei mit der Verabschiedung der Verfassung gleichsam vorgezeichnet: „This government is to possess absolute and uncontrollable power, legislative, executive and judicial, with respect to every object to which it extends,“ so der Anti-Federalist Brutus (vermutlich der New Yorker Anwalt Robert Yates) in seinem ersten Essay gegen die Verfassung.<sup>67</sup>

---

66 „At the separation from the British Empire, the people of America preferred the Establishment of themselves into thirteen separate sovereignties instead of incorporating themselves into one: to these they look up for the security of their lives, liberties & properties: to these they must look up“, Redebeitrag Luther Martins am 20. Juni 1787, in: Farrand (Ed.), *Records of the Federal Convention* (wie Anm. 7), 341.

67 Herbert J. Storing, *What the Anti-Federalists Were For*. Chicago, IL 1981, 15–23; Gordon S. Wood, *Empire of Liberty*. New York 2009, 15; Taylor, *American Revolutions* (wie Anm. 13), 385; Carl J. Richard, *The Founders and the Classics. Greece, Rome, and the American Enlightenment*. Boston, MA 1995, 145; Brutus, Anti-

Die Federalists Madison, Hamilton und Jay argumentierten anders. Für sie waren Verfassung und Freiheit nicht nur kompatibel, die Verfassung schuf erst die Voraussetzung für Freiheit. Im 10. Artikel der „Federalist Papers“ versuchte Madison den Einwand der Verfassungsgegner zu widerlegen, dass großräumige Republiken nicht vorstellbar seien.<sup>68</sup> In einer kleinen Republik seien unterschiedliche Interessen immer so überschaubar, dass es möglich sei, eine Mehrheit für diese oder jene Überzeugung zu finden. Das berge die Gefahr der Tyrannei. In der großräumigen Republik sei dies entsprechend schwieriger, weil es so viele unterschiedliche Gruppen gab, dass keine von ihnen eine Mehrheit gegen die Interessen der vielen übrigen finden könnte. Madison machte keinen Hehl daraus, dass die Minderheit, die er besonders schützen wollte, die der Wohlhabenden war, die vor der Mehrheit der Armen geschützt werden musste, „protect the minority of the opulent against the majority“.<sup>69</sup>

Der Konföderationskongress nahm den Verfassungsentwurf zur Kenntnis und beschloss am 27. September, jedem Staat eine Kopie des Textes zukommen zu lassen. Die Staaten sollten Delegiertenversammlungen einberufen, um über die Annahme des Entwurfs zu entscheiden. Sobald neun der 13 Staaten die Verfassung angenommen hätten, würde sie (in diesen Staaten) in Kraft treten. Das gering bevölkerte Delaware nahm die Verfassung bereits am 7. Dezember an. Pennsylvania, New Jersey, Georgia und Connecticut folgten. Ein erster großer Testfall kam Anfang 1788 in Massachusetts. Erst das Versprechen, der Verfassung einem Grundrechtskatalog (Bill of Rights) anzufügen, ermöglichte dort die Annahme. Im Juni und Juli 1788 nahmen auch die großen Staaten Virginia und New York die Verfassung an. Der längste Widerstand gegen die Annahme der Verfassung bestand in Rhode Island. Die Gründe dafür waren vielfältig, lagen jedoch nicht zuletzt darin, dass sich die Verfassung nicht klar gegen Sklaverei ausgesprochen hatte. Rhode Island nahm die Verfassung schließlich im Mai 1790 an, nachdem der US-Kongress andernfalls mit einem Handelsembargo gedroht hatte. Ob auch eine Mehrheit der Bevölkerung in

---

Federalist Nr. 1, in: Ralph Ketcham (Ed.), *The Anti-Federalist Papers and the Constitutional Convention Debates*. New York 1986, 271.

68 Alle 85 Federalist-Papers erschienen unter dem Pseudonym „Publius“, das auf den Begründer der römischen Republik, Publius Valerius Publicola, verweist; auch die Anti-Federalists nutzten Pseudonyme aus der Antike, so etwa „Brutus“.

69 *James Madison*, Term of the Senate, 26. Juni 1787, in: Hutchinson et al. (Eds.), *Papers of James Madison* (wie Anm. 65), 76–78.

einer Volksabstimmung die Verfassung den Konföderationsartikeln vorgezogen hätte, wird von manchen Historikern bezweifelt.<sup>70</sup>

Die Verfechter der Verfassung hatten einen Grundrechtsteil zunächst als unnötig und sogar kontraproduktiv abgelehnt. Eine Bill of Rights diene in England dem Ziel, einen allumfassenden Herrschaftsanspruch des Monarchen einzuhegen; eine vergleichbare Macht übertrage die Verfassung dem Präsidenten jedoch nicht, so die ursprüngliche Auffassung der Federalists. Gemäß der *reserved powers*-Doktrin standen der Regierung nur die Kompetenzen zu, die in der Verfassung ausdrücklich genannt sind. Mehr noch, eine Liste von Grundrechten konnte als Hinweis darauf gedeutet werden, dass *nur* diese Bereiche staatlichem Einfluss entzogen waren. Die Anti-Federalists zeigten sich von diesen Argumenten unbeeindruckt. So könnte die *reserved powers*-Doktrin leicht umgangen werden. Die Pressfreiheit etwa könne auch eingeschränkt werden, wenn Zeitungen exorbitant hoch besteuert würden.<sup>71</sup>

Beide Seiten stimmten einem Kompromiss zu. 1791 wurde die aus zehn Artikeln bestehende Bill of Rights als Verfassungszusatz ratifiziert. Sie definiert Bereiche, die explizit jenseits des staatlichen Regelungsanspruchs lagen. So heißt es im ersten Verfassungszusatz:

„Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.“

Nachdem im Juni 1788 der neunte Staat New Hampshire die Verfassung angenommen hatte, begannen Vorbereitungen für die erste Präsidentschaftswahl, die um den Jahreswechsel 1788/89 stattfand. Im Februar 1789 wurde George Washington einstimmig vom Electoral College zum ersten Präsidenten gewählt. Er trat sein Amt am 30. April an. Fünf Jahre später, im Juli 1794, erhoben sich Farmer im ländlichen Westen von Pennsylvania, um gegen eine Steuererhöhung auf die Herstellung und den Verkauf von destilliertem Alkohol zu protestieren. Sie zogen in Richtung Pittsburgh und drohten das dortige Waffenarsenal zu stürmen. Die Regierung ging nicht auf die Forderungen ein. Anders als 1786 besaß sie nun jedoch weitreichende

---

70 Roscoe R. Hill (Ed.), *Journals of the Continental Congress, 1774–1789*, Vol. 33. New York 1936, 543; Ellis, *American Creation* (wie Anm. 5), 116; Pauline Maier, *Ratification. The People Debate the Constitution, 1787–1788*. New York 2010, 458f.

71 Jürgen Heideking, *The Constitution before the Judgment Seat*. Charlottesville, VA 2012, 122f.

Möglichkeiten zu einer Beendigung des Aufstands. Präsident Washington selbst zog an der Spitze von fast 13 000 Soldaten gegen sie ins Feld und schlug den als „Whiskey Rebellion“ bekannten Aufstand nieder.<sup>72</sup>

### III. Schluss

Im Unterschied zu einer in der Geschichtswissenschaft weit verbreiteten Auffassung, nach der die Amerikanische Revolution einen folgerichtigen Entwicklungspfad von der Unabhängigkeitserklärung über die Konföderationsartikel hin zur Verfassung genommen hat, betont die vorliegende Untersuchung eine Richtungsänderung. Sie war so gravierend, dass sie einer Revision ursprünglicher Ziele gleichkommt. Als Reaktion auf einen als tyrannische Bedrohung wahrgenommenen englischen Herrschaftsanspruch über die amerikanischen Kolonien erhob die Unabhängigkeitserklärung naturrechtliche Vorstellungen zum politischen Programm. Freiheit sollte bewahrt werden, indem bewusst keine Institution geschaffen wurde, die sie hätte einschränken können, „preserving liberty through resisting anything like executive or magistratical power,“ so William Goetzmann.<sup>73</sup>

Die Hinwendung zur Verfassung war die Negation des Primats der Freiheit zu Gunsten eines Wunsches nach Stabilität der sozialen und politischen Ordnung. Verantwortlich dafür waren Erfahrungen der 1780er Jahre. Demokratie wurde durch Wahlrechtsbestimmungen eingehegt, und die Staatsgeschäfte wurden in die Hände einer Elite gelegt, „government composed of the best men in the society,“ so Gordon S. Wood. Der Rechtshistoriker Michael Klarman erklärt, dass die Anti-Federalists nicht Unrecht gehabt hätten, wenn sie den Verfassungsgebern vorwarfen, eine „Art Aristokratie“ schaffen zu wollen. Die Federalists bekundeten wiederholt, dass sie kein Vertrauen in die Fähigkeiten der „normalen Menschen“ in Staatsangelegenheiten hatten. „The people do not want virtue; but are the dupes of pretended patriots“, so Elbridge Gerry während der Verfassungsgebenden Versammlung.<sup>74</sup>

---

72 Thomas P. Slaughter, *The Whiskey Rebellion. Frontier Epilogue to the American Revolution*. New York 1986, 3.

73 Goetzmann, *Beyond the Revolution* (wie Anm. 25), 39.

74 Wood, *Radicalism of the American Revolution* (wie Anm. 2), 262; Klarman, *Framers' Coup* (wie Anm. 41), 607; Farrand (Ed.), *Records of the Federal Convention* (wie Anm. 7), 48. Unter Konservativen ist bis heute eine Voreingenommenheit gegenüber der Demokratie erkennbar. So erklärte der Republikani-

Wie ist zu erklären, dass die politische Ordnung der Vereinigten Staaten, die vor 250 Jahren errichtet und unter Zeitgenossen nicht unumstritten war, auch heute noch in Kraft ist? Die These, nach der die Revolution eine Revision durchlaufen hat, bietet eine Antwort auf diese Frage. Die in der Phase der Revision verabschiedete Verfassung schuf einen robusten Staat, der bei der militärischen Eroberung des nordamerikanischen Kontinents und in Krisensituationen wie dem Bürgerkrieg, der Weltwirtschaftskrise und den Weltkriegen seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. Mit der Unabhängigkeitserklärung hat sich dieser Staat aber auch einer politischen Vision verschrieben. Die Geschichte der Vereinigten Staaten sei wegen der überragenden Bedeutung der Unabhängigkeitserklärung untrennbar mit Vorstellungen von Menschenrechten verbunden, so der Historiker Carl L. Becker. Dieses Vermächtnis diente in Debatten etwa über Sozialpolitik und Bürgerrechte als Korrektiv gegenüber der Verfassungsordnung. So forderte der Demokratische Präsidentschaftskandidat William Jennings Bryan vor dem Hintergrund der Auswüchse der Industrialisierung des späten 19. Jahrhunderts und einer Wirtschaftspolitik des Laissez-faire eine Beachtung der Rechte, die den Menschen 1776 versprochen worden waren, „add to the laws we now have such additional statutes as are necessary to protect each citizen in the enjoyment of life, liberty and the pursuit of happiness“. In seiner Rede anlässlich des Marsches auf Washington im Sommer 1963 nannte der Bürgerrechtler Martin Luther King die Unabhängigkeitserklärung eine „heilige Verpflichtung“ und verurteilte Diskriminierungen von Schwarzen in den Südstaaten.<sup>75</sup>

Bereits Thomas Jefferson glaubte, dass sich die politische Entwicklung der Vereinigten Staaten in einem Rahmen vollziehen würde, der durch die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung vorgegeben war. In einem wichtigen Punkt irrte Jefferson jedoch: Eine Verfassung konnte seiner Meinung nach nie einen Anspruch auf Dauerhaftigkeit erheben. Menschen könnten Regeln immer nur für ihre Generation

---

sche Senator und Verfassungsrechtler Mike Lee im Oktober 2020, dass die USA „keine Demokratie“ seien. Das Ziel allen staatlichen Tuns liege in der Gewährleistung von „Freiheit, Wohlstand und menschlichem Gedeihen“ (freedom, prosperity, and human flourishing). „Demokratische Vorstellungen“ hätten sich zwar als zuträglich herausgestellt, um diese Ziele zu erreichen, aber nur als Teil eines übergeordneten Systems von *checks and balances*, vgl. <<https://www.lee.senate.gov/2020/10/of-course-we-re-not-a-democracy>>.

75 Carl L. Becker, *The Declaration of Independence*. New York 1922, 225; William Jennings Bryan an I. J. Dunn, 4. Januar 1895, <[www.gilderlehrman.org/history-resources/spotlight-primary-source/william-jennings-bryan-and-ideals-declaration](http://www.gilderlehrman.org/history-resources/spotlight-primary-source/william-jennings-bryan-and-ideals-declaration)>; Martin Luther King, Rede vom 28. August 1963, <[https://www.ruhr-uni-bochum.de/gna/Quellensammlung/10/10\\_mlkihaveadream\\_1963.htm](https://www.ruhr-uni-bochum.de/gna/Quellensammlung/10/10_mlkihaveadream_1963.htm)>.

aufstellen. Den Stabilitätsanker stellten für Jefferson die „unabänderlichen Wahrheiten,“ dar, die er 1776 geschworen hatte und die er fünfzig Jahre später noch bekräftigte: „[N]othing then is unchangeable but the inherent and unalienable rights of man.“<sup>76</sup>

## Zusammenfassung

Im Unterschied zu einer in der Geschichtswissenschaft weit verbreiteten Auffassung, nach der die Amerikanische Revolution einen folgerichtigen Entwicklungspfad von der Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1776 bis hin zur Schaffung eines handlungsfähigen Zentralstaates (1788/89) beschritten hat, erkennt die vorliegende Untersuchung einen Bruch in der Entwicklung politischer Ziele in den 1780er Jahren. Die 1781 in Kraft getretenen Konföderationsartikel sollten bewusst keinen Zentralstaat schaffen, damit die in der Unabhängigkeitserklärung postulierten Rechte der Bürger nicht durch die eigene Regierung gefährdet würden. Vor dem Hintergrund gewalttätig ausgetragener innenpolitischer Konflikte Mitte der 1780er Jahre kam es zu einer Revision der Ziele der Revolution. Die Verfassung von 1787 beruhte auf der Vorstellung, dass ein handlungsfähiger Zentralstaat keine Bedrohung von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger darstelle, sondern diese Rechte im Gegenteil vor dem Zugriff Aufständischer garantiere.

---

Prof. Dr. *Georg Schild*, Universität Tübingen, Fachbereich Geschichtswissenschaft, Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen

---

76 Jefferson an John Cartwright, 5. Juni 1824, <founders.archives.gov/documents/Jefferson/98-01-02-4313>.